

Hans-Jürgen Urban

## Ökologie der Arbeit

Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik?

### Einleitung: Arbeitsökologie – ein Thema mit vielen Dimensionen

Der Begriff der Ökologie ist schillernd und steht in seiner Bedeutungsvielfalt dem der Arbeit keinesfalls nach. In einer frühen Definition aus dem Jahre 1866 bestimmte der Zoologe und Biologe Ernst Haeckel den Begriff wie folgt: »Unter Oecologie verstehen wir die gesammte Wissenschaft von den Beziehungen des Organismus zur umgebenden Aussenwelt, wohin wir im weiteren Sinne alle ›Existenz-Bedingungen‹ rechnen können.«<sup>1</sup> Fügt man dieser Definition den Begriff der Arbeit hinzu, wird deutlich, wie komplex und vielschichtig das Politikfeld der Arbeitsökologie gefasst werden kann.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes fassen den Begriff aus diskursökonomischen Gründen enger. Im Kern geht es um die Beziehungen und Wechselwirkungen der Arbeit respektive der menschlichen Arbeitskraft mit der Arbeitsumwelt. Diskutiert werden Beanspruchungen und Belastungen, die ihrer Entfaltung entgegenstehen oder ihre nachhaltige Entwicklung gefährden. Dabei umfasst der Betrieb als Ort der Entstehung von Nachhaltigkeitsrisiken und Entwicklungspotenzialen der Arbeitskraft mehr als die Arbeitsbedingungen im engeren Sinne. Einbezogen werden sollen ausdrücklich Fragen der außerbetrieblichen, auch sozialpolitischen Absicherung sozialer Risiken sowie des Austausches der Arbeitskraft im Produktionsprozess (von Produkten und Dienstleistungen) mit der natürlichen Umwelt.

Doch in dem so bestimmten Themenfeld ist ein seltsamer Widerspruch zu konstatieren, sobald nach seiner Bedeutung für gewerkschaftliche Interessenpolitik gefragt wird. Obwohl die Arbeitsökologiepolitik offensichtlich zum Kernbereich der gewerkschaftlichen Politik gehört, ist in diesem Themenfeld die Lücke zwischen objektivem Problemdruck und (mitunter eher zögerlicher) strategischer Thematisierung größer als in anderen Politikfeldern. Nicht, dass etwa Fragen des Umbaus der Automobil- und Stahlindustrie, der Energiewende oder der Modernisierung von Produkten und Dienstleistungen nicht als Gegenstand gewerkschaftlicher Interessenpolitik begriffen würden.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Zitiert nach Wikipedia <https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96kologie>; Zugriff am 5. 8. 2017.

<sup>2</sup> Siehe dazu etwa die Beiträge von Schröder, Iwer, Lemb oder Reuter in diesem Band. Hinweise dazu auch in der Einleitung der Herausgeber und der Redaktion

Aber ein analytisches Verständnis von den Dimensionen der Ökologieproblematik und eine entsprechende Strategie stehen (auch) auf Seiten der Gewerkschaften noch aus.

Dass das Thema vielschichtig ist, macht die Bearbeitung nicht einfacher, hat aber auch seine Vorteile. Denn die Vielschichtigkeit des Themas korrespondiert mit der Vielfalt seiner Wirkungsmöglichkeiten. Arbeitsökologie ist zunächst von der Sache her ein *Reproduktionsthema*, nicht nur der Arbeitskraft, sondern auch der Gesellschaft und Natur. Ökologie ist aber auch ein Zeitgeistthema und Identitätsthema für ganz unterschiedliche Akteure und Politiken. Daher ist Ökologie zugleich ein gesellschaftliches *Diskursthema*, das mit guten Argumenten im Zentrum einer gesellschaftlichen Megadebatte steht. Und schließlich hat es das Potenzial, als *Kooperations- und Bündnisthema* diskursive und politische Brücken zu den Organisationen und Bewegungen zu schlagen, die sich der Verhinderung der Ökokatastrophe verpflichtet wissen.

Ziel des Jahrbuches wie des folgenden Beitrags ist es, einen kleinen Schub in die Debatte um die Dimensionen und die Implikationen einer zeitgemäßen Arbeitsökologiepolitik zu bringen. Einer kursorischen Thematisierung der drei Reproduktionskreisläufe, die das Terrain der Arbeitsökologie umreißen (I), folgt die Auseinandersetzung mit Fragen eines geeigneten öko-sozialen Entwicklungsmodells und vor allem mit der Frage der Bedeutung ökonomischen Wachstums in ihm (II), die dann von Überlegungen zu möglichen transformativen Allianzen abgeschlossen werden (III).

### I. Drei Reproduktionskreisläufe als Felder gewerkschaftlicher Politik

Die Bedeutung, die hier einer gewerkschaftlichen Arbeitsökologiepolitik zugemessen wird, beruht auf einem spezifischen Gewerkschafts- und Interessenverständnis. Es ist ein weites, umfassendes Verständnis von *Arbeitskraftinteresse* und ein ebensolches Verständnis von *gewerkschaftlicher Interessenpolitik*. Dabei sind die Gewerkschaften im Ökologiefeld nur ein Spieler unter vielen. So umfassend die Wirkungsdimensionen der Umweltzerstörung, so heterogen die geforderte Akteurslandschaft. Einerseits ist die drohende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zweifelsohne ein Gattungsrisiko. Vor allem mit Ulrich Becks Begriff der Risikogesellschaft fanden die globalen Gefährdungen (und mögliche »Gegengifte«) Eingang in die soziologische Debatte um die kapitalistische Moderne. »Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch«, lautete sein Diktum, mit dem er die unterschiedlichen Mechanismen der kapitalistischen Reichtums- und der modernen Risikoverteilung thematisierte (Beck 1986: 48).

Doch der so ausgerichtete Fokus übersah die Klassenstrukturen in der asymmetrischen Verteilung von Umweltrisiken und Widerstandsressour-

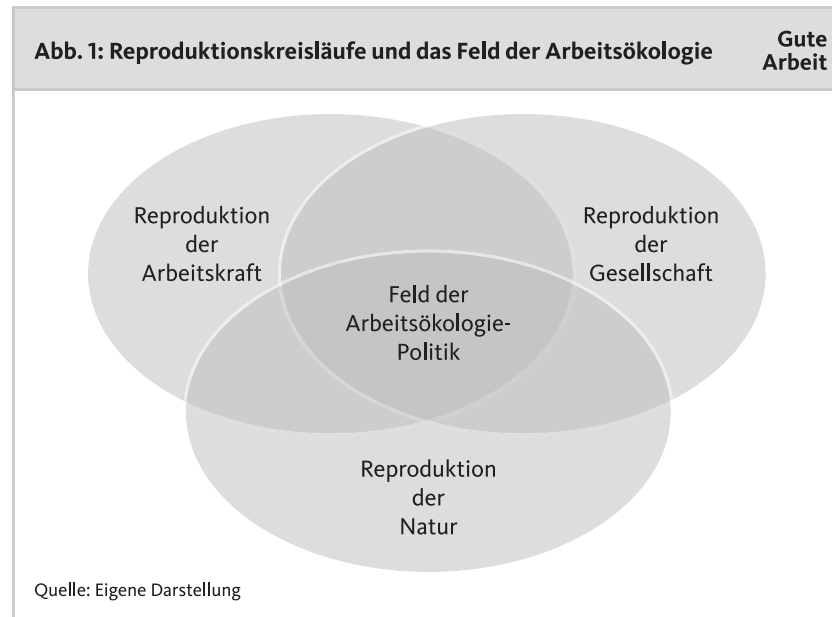
cen.<sup>3</sup> Zugleich verlor er aus dem Blick, dass die kleinen und großen Krisen der kapitalistischen Akkumulation, ob sie sich als Störungen der Real- oder der Finanzökonomie artikulierten, mit neuen Aggressionsschüben gegen Menschen und die Natur einhergingen.<sup>4</sup> Doch wo sich Umwelt- und Klassenfragen überlappen, befindet sich das ureigene Terrain der Gewerkschaften. Sie stehen vor der Aufgabe, in die Ökologiedebatten die sozialen und gesellschaftlichen Implikationen spezifischer Politiken einzubringen; und zugleich die Diskussion sozialer und gesellschaftlicher Fragen (nie wieder) ohne die ökologischen Implikationen zu konzipieren. Da die Vertretung der sozialen Reproduktionsinteressen der abhängigen Arbeit das Strategiezentrum gewerkschaftlicher Politik sein muss, soll von einem öko-sozialen Transformationsprojekt die Rede sein.

Aus der Perspektive einer solchen *Sozialökologie* (Oppolzer 1993: 16ff.) sind die Gewerkschaften in ihrer gesellschaftlichen Funktion wie in ihrer Verantwortung mit drei Reproduktionskreisläufen konfrontiert, die Nachhaltigkeitskreisläufe werden müssen. Die *Reproduktion der Arbeitskraft*; die *Reproduktion der Gesellschaft*; die *Reproduktion der Natur*. Alle drei Kreisläufe sind höchst relevant, ja essentiell: Für ein ökonomisches Entwicklungsmodell, das sich nicht von jeglichem Wachstum, wohl aber von einem externen Wachstumszwang befreit, der der Gesellschaft durch die Regeln der privaten Profitproduktion mit ihren Folgeschäden für Arbeit und Natur aufgeherrscht wird. Sie sind auch unverzichtbar für eine arbeitskraftzentrierte Arbeitspolitik, die sich nicht auf Handlungsspielräume zurückzieht, die ihr durch betriebliche Wettbewerbs- und überbetriebliche Politikzwänge vorgegeben werden, sondern die sich um die Arbeits- und Lebensbedingungen derjenigen Bevölkerungsgruppen bemüht, deren Lebensweise durch abhängige Arbeit geprägt ist (Pickshaus/Urban 2009). Dabei markiert das Schnittstellenfeld der drei Reproduktionskreisläufe das Kernterrain gewerkschaftlicher Arbeitsökologiepolitik (Abb. 1).

Das so formulierte Thema ist auf der Makroebene eines der Ökonomie, der Arbeit und der Gesellschaft. Aber auf der Mikroebene ist es zugleich eines des einzelnen Subjekts. Und damit ist es zugleich eine Dimension dessen, was aus anerkennungs- oder resonanztheoretischer Sicht als das »gute« (Nussbaum 1998) oder das »gelingende« Leben (Rosa 2016) bezeichnet wurde und zum Zentrum sozialphilosophisch-soziologischer Erörterungen wurde.

3 Siehe dazu den Beitrag von Dörre/Becker in diesem Band.

4 »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.« (Marx 1890/1980: 529f.)



1. *Ökologie der Arbeitskraft: Präventive Gesundheitspolitik und Recht auf Resonanz* Arbeitsökologiepolitik beruht auf einem weiten Verständnis von Arbeitsumwelt. Darunter ist »weit mehr zu verstehen als die ... ›Arbeitsumgebung‹ im Sinne eines ›räumlichen Umfeldes‹ bei der Arbeit ... Vielmehr umfasst der Begriff der ›Arbeitsumwelt‹ alle ›Umwelteinflüsse‹ und die gesamte ›Arbeitswelt‹, er enthält also alle ›physikalischen, chemischen, biologischen, organisatorischen und sozialen ›Wirkungsgrößen‹, die bei der Arbeit auf den Menschen einwirken.« (Oppolzer 1993: 13) Die Sozialökologie der Arbeit nimmt den Kreislauf von Verausgabung und Wiederherstellung von Arbeitskraft unter den Bedingungen einer kapitalistischen Ökonomie unter die Lupe. Traditionell konzentriert sich die arbeitsökologische Aufmerksamkeit auf die Störungen des Öko-Kreislaufs der Arbeitskraft und damit auf physikalische und soziale Belastungen und Beanspruchungen, die die physische und psychische Gesundheit in der Arbeitsumwelt bedrohen.<sup>5</sup> Zu den direkt wirkenden Einflüssen gehören die Faktoren (Oppolzer 1993: 21)

- der Arbeitsumgebung im engeren Sinne (z. B. Lärm, räumliche Enge, Vibration, Klimaeinflüsse, Schadstoffe),

<sup>5</sup> Siehe dazu auch den Beitrag von L. Schröder in diesem Band.

- körperliche Belastungen (z. B. schweres Heben und Tragen, Zwangshaltungen) sowie
- psychische Belastungen (z. B. Monotonie, Stress, aber auch überflexibilisierte Arbeitszeiten u. a. m.).

Über- und Fehlbelastungen in der Arbeitssituation sowie das Ausbleiben beruflicher Anforderungen und die damit belastenden Unterforderungen gehen als Risikofaktoren Hand in Hand. Der weite Blick auf den ökologischen Kreislauf der Arbeitskraft bezieht auch außerbetriebliche Lebensverhältnisse (Wohn- und Umweltsituation, Sozial- und Gesundheitsversorgung usw.) sowie die persönliche Lebensweise (Ernährungsverhalten, Genussmittelkonsum usw.) ein. Dabei geht der Strukturwandel der Ökonomien der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften mit einem Wandel des Belastungs- und Beanspruchungsprofils der kapitalistischen Arbeit einher. Ohne dass traditionelle körperliche Belastungen aus der Arbeitswelt verschwunden wären, ist im Zuge der Ökonomisierung der modernen Produktions- und Dienstleistungsarbeit ein signifikanter Anstieg von psychischen Gesundheitsrisiken zu verzeichnen.<sup>6</sup> Daher die umfassenden Aktivitäten der Gewerkschaften für einen präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz und für »Gute Arbeit« (Pickshaus 2014). Nicht minder bedeutend ist die gewerkschaftliche Politik gegen die voranschreitende Prekarisierung der Arbeit. Unterbezahlung, Beschäftigungsunsicherheit und die Abschiebung in das Segment der Randbelegschaft, in die auch die Interessenvertretung von Betriebs- und Personalräten oftmals nur mit Mühe hineinreicht, wirken als Belastungsfaktoren und verstärken die Gesundheitsgefahren der Betroffenen zusätzlich. Auch Forderungen der IG Metall, die Regelungs- und Schutzlücke im Feld der psychosozialen Belastung durch eine »Anti-Stress-Verordnung« zu schließen, reagieren auf diese Entwicklung (Urban/Fergen 2014). Zugleich darf der Schutz der Beschäftigten vor den Giftstoffen einer zunehmend chemischen Produktion nicht fehlen. Und schließlich werden aus arbeitsökologischer und postwachstumspolitischer Perspektive immer wieder Forderungen nach einem neuen Arbeitszeitregime eingebracht, um die Expositions- und Einwirkungszeiten von Belastungen zu verkürzen, das Arbeitsvolumen sozialverträglich und solidarisch umzuverteilen und die Arbeitszeitautonomie der Beschäftigten zu vergrößern (etwa Liebig/Köhler/Koepp 2017). Auch hier gilt es, Fragen der sozialen Absicherung und der individuellen Einflussnahme auf die eigenen Arbeitsbedingungen zu stellen und zu beantworten.

<sup>6</sup> Einen kompakten Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand findet sich in BAuA 2017. Siehe auch regelmäßig den Überblick im Datenanhang der Jahrbücher, z. B. Ausgabe 2017, S. 335ff.

Bemerkenswert ist, dass im Zuge dieses Wandels auch die persönlichkeitskonstitutiven Aspekte der Arbeit an Aufmerksamkeit gewinnen. So geht das empirisch erfolgreich getestete »Modell beruflicher Gratifikationskrisen« davon aus, dass »Anerkennungskrisen im Beruf einen eigenständigen Erklärungsbeitrag zu stressassoziierten Erkrankungsrisiken leisten« (Siegrist 2015: 3 sowie 21 ff.). Die These lautet: Wird der Tausch von Leistungen (in Form des eingebrachten Arbeitseinsatzes, des emotionalen Engagements usw.) und Gegenleistung (in Form von Bezahlung, materiellen Arbeitgeberleistungen oder Beschäftigungssicherheit, aber auch durch nicht-materielle Wertschätzung in Form interpersoneller Anerkennung) von den Beschäftigten als asymmetrisch und damit als ungerecht empfunden, entstehen Belohnungsenttäuschungen. Die Verletzungen des Grundsatzes der Tauschgerechtigkeit generieren Stressoren, die als Risikofaktoren für die psychische Gesundheit wirken. Die Schlussfolgerung lautet: »*Angemessene Anerkennung für verdienstvolle Leistungen* über die zentralen Tauschmedien Geld, Sicherung des sozialen Status und Wertschätzung zu erfahren bildet daher ein (...) entscheidendes Qualitätsmerkmal guter Arbeit.« (Siegrist 2015: 14, Herv. i. O.)

Die interpersonelle Anerkennungsverweigerung im Gratifikationskrisen-Modell ließe sich resonanztheoretisch als gestörte Resonanzbeziehung deuten. Aus der Perspektive einer Resonanzsoziologie, wie sie der Soziologe Hartmut Rosa vertritt, ist Arbeit mehr als »*Jagd nach Ressourcen*« und wird gefasst als eine Dimension der individuellen Weltbeziehungen, durch die der Einzelne als Subjekt die Welt erfährt und sich aneignet (Rosa 2016: 393ff., hier S. 17, Herv. i. O.). Sie gehört zu jenen Kontextbedingungen, die ein gelingendes Leben ermöglichen oder untergraben können. Ob die Arbeitswelt für den Einzelnen gelingende oder misslingende Weltbeziehungen bereithält, wird letztlich über die Qualität der arbeitsweltlichen Resonanzbeziehungen entschieden. Gerade in der Moderne, so Hartmut Rosa, erlebt die Arbeits-sphäre eine »multiple Resonanzaufladung«, dort tragen die Menschen ihren Teil zum Gemeinwohl bei, dort wird ihnen der gemeinwohlstiftende Wert ihre Arbeit entlohnt und dort sind Solidarbeziehungen erlebbar. Die Arbeit avanciert wie sonst wohl nur die Familie zu einem Resonanzhafen des spätmodernen Individuums. Das Problem besteht nun darin, dass durch die Ökonomisierung und Verdinglichung der Arbeit die resonanzstiftende Erfahrung handelnder Selbstwirksamkeit verloren geht und die Transformation von Arbeit »einen zentralen Resonanzgrund menschlichen Lebens austrocknet.« (Rosa 2016: 397) Auch der Verlust des Arbeitsplatzes wird daher nicht nur als Entzug ökonomischer Ressourcen und als Einbuße im materiellen Lebensstandard, sondern gleichsam als Verlust eines identitätsstiftenden Erfahrungsraums erfahren.

Wird der Beitrag der Arbeit zu einem gelingenden Leben als legitime Anforderung akzeptiert, werden resonante Arbeitsweltbeziehungen zu einem Prüfkriterium guter Arbeitsökologiepolitik. Gewerkschaftliche Strategien gegen die Ökonomisierung der Arbeit und für Ermöglichung »guter Arbeit« stünden dann in der Tat auch vor der Aufgabe, »die stoffliche Resonanzbeziehung gegen die unterminierenden Imperative der Ökonomisierung zu verteidigen.« (Rosa 2016: 398) Jedenfalls, so ließe sich schlussfolgern, liefert die Kollision zwischen dem Resonanzversprechen der Arbeit, das tief in den Habitus der abhängig Arbeitenden eingegraben ist, und den vielfachen Resonanzverweigerungen im Gegenwartskapitalismus einen unverzichtbaren Bezugspunkt einer persönlichkeitsfördernden Interessenpolitik. Aus dieser Perspektive wären das Recht auf gute Arbeit und das Recht auf Resonanz zwei Seiten der Medaille des guten Lebens.

## 2. Ökologie der Gesellschaft: die Wirtschaft als Kernfeld gewerkschaftlicher Reproduktionspolitik

Die resonanztheoretischen Reflexionen bestätigen die Bedeutung, die der Sicherung von Arbeit und Beschäftigung in einer öko-sozialen Transformation zukommen muss. Zweifelsohne ist dabei der *ökologische Umbau der Industrie* und innerhalb dieser der des Automobilssektors eine Schlüsselaufgabe, eine überlebensrelevante Anforderung, an der Gewerkschaften und mit ihnen die Gesellschaft scheitern könnten. Zu befürchten ist, dass der »Diesel-Skandal« des Jahres 2017 lediglich den Auftakt eines erzwungenen und krisenvermittelten Umbruchs markiert. In diesem werden sich die Akteure zu positionieren haben, wenn es um die Verteilung von Transformationsgewinnen und -kosten geht.

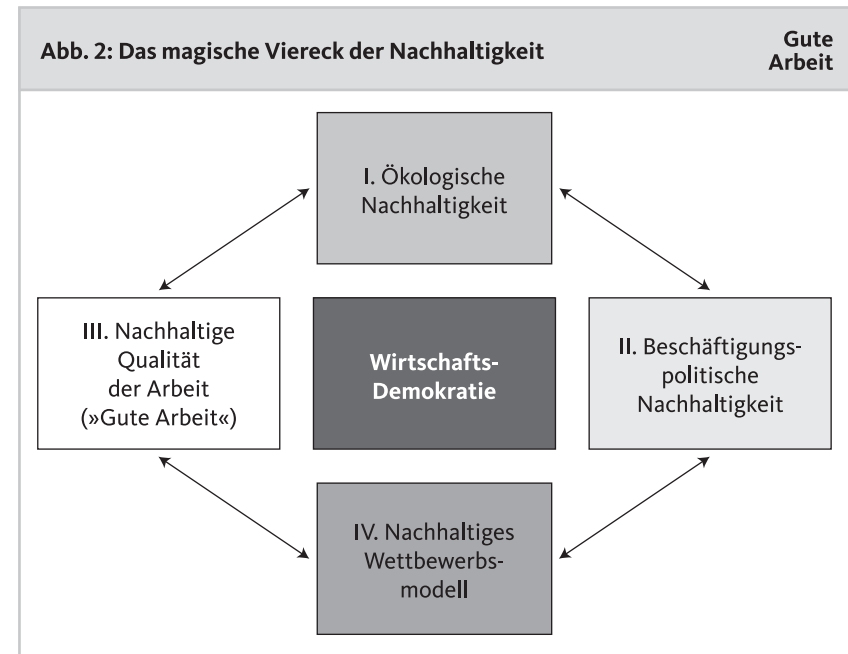
Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, sind dabei, sich auf die Höhe der Herausforderung hinaufzuarbeiten.<sup>7</sup> Fragen sie nach fördernden und hemmenden Bedingungen transformativer Innovationen, können sie auf bereits erarbeitete, gleichwohl verschüttete Diskussionsstände zurückgreifen. In diesem Sinne empfiehlt sich die Rückschau auf die sozial-ökologischen Reformalternativen, die Anfang der 1990er Jahre unter dem Titel: »Auto – Umwelt – Verkehr. Umsteuern, bevor es zu spät ist.« durch die IG Metall vorgelegt und auf Kongressen diskutiert wurden (IG Metall/Deutscher Naturschutzring 1992). Die Vorschläge thematisierten: die »Entgiftung« der Automobilproduktion durch den Ersatz giftiger oder belastender Stoffe; Maßnahmen ressourcenschonenden Recyclings von Altautos; Vorschläge zur Reduzierung von

<sup>7</sup> Siehe dazu den Beitrag von Iwer in diesem Band.

Emissionen und Energieverbrauch beim Autofahren; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer sowie des Verkehrsflusses; Forderungen für ein integriertes Verkehrskonzept und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie der besseren Vernetzung der Verkehrsträger; Vorschläge für neue Fahrzeugkonzepte und Unternehmensstrategien; Forderungen nach gesellschaftlicher Aufklärung über vernünftigeres Verkehrs- und Verbraucherverhalten sowie Anforderungen an die staatliche Politik für bessere Grenzwerte, Preisreformen sowie für politische Initiativen unter demokratischer Beteiligung der Schlüsselakteure.

Aus der Retrospektive erweist es sich als fatal, dass der so gestartete und weit vorangeschrittene gesellschaftliche Diskussionsprozess abbrach. Die Gründe dafür sind vielfältig. In den Unternehmen beförderte die Hinwendung zu Shareholder-Value-Konzepten einen Paradigmenwechsel, der Aktivitäten mit möglichst kurzen Kapitalrücklaufzeiten den absoluten Vorrang vor strategischen Investitionen gab und damit auf die Zukunft gerichteten, gar visionären Debatten die Perspektive nahm. Nicht mehr die Diversifizierung der Produktpalette, die Raum für alternative Produkte und Konversionsstrategien ließ, sondern die Fokussierung auf das profitabelste Kerngeschäft galt fortan als Prämisse guter Unternehmensführung. Hinzu kamen die rasant expandierenden Märkte vor allem in den so genannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), die ungeahnte Expansions- und Profitperspektiven eröffneten und alle Aufmerksamkeit von der Entwicklung gesellschafts- und umweltverträglicher Mobilitätskonzepte zugunsten schneller Profite abzog. Schließlich ließ auch der externe Druck aus der Gesellschaft von einer erlahmenden Umweltbewegung nach, die in der neuen politisch-ideologischen Konstellation nach dem Fall der Berliner Mauer an Ausstrahlung einbüßte; für die Gewerkschaften drängten sich zugleich die Probleme und Konflikte der sozialen Einheit auf die Agenda, die mit der ökonomisch verfehlten (Wieder-)Vereinigungspolitik und ihren sozialen Verwerfungen (Massenarbeitslosigkeit infolge des industriellen Niedergangs in Ostdeutschland) einherging.

Heute sind enorme Anstrengungen nötig, sich erneut auf die Höhe des Problems hinaufzuarbeiten. Erheblich erschwert wird die Sache dadurch, dass die Aufgabe in einer Periode gemeistert werden muss, in der sich die Automobilindustrie in einem selbst verschuldeten Anerkennungs- und Ansehenssturzflug befindet. Die bisherige Business-as-usual-Strategie der Automobilkonzern-Vorstände ist jedenfalls an ihr desaströses Ende geraten. Eine ökosoziale Transformation, die den Interessen von Arbeit, Gesellschaft und Natur gerecht werden will, hat sich an vier Strategiezielen zu orientieren und dabei immer wieder auftretende Zielkonflikte zu meistern (Abb. 2):



Quelle: Eigene Darstellung.

1. *Ökologische Nachhaltigkeit* im Sinne einer naturverträglichen Produktion, Verteilung, Verwendung und eines Recyclings der Mobilitätsvehikel.
2. *Beschäftigungspolitische Nachhaltigkeit* im Sinne eines sozial gesteuerten Umbaus, der Beschäftigung in der zukünftigen Automobilindustrie sichert und zugleich adäquate Perspektiven für die eröffnet, deren Arbeitsplätze nicht erhalten werden können.
3. *Nachhaltige gute Arbeit* im Sinne arbeitspolitischer Interventionen, die auf Erhalt von Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit sowie auf die Eröffnung von Qualifikations- und persönlichen Entwicklungsperspektiven zielen.
4. *Wettbewerbspolitische Nachhaltigkeit* im Sinne einer politischen Regulierung des Transformationsprozesses, der die manifesten ökonomischen Markt- und Konkurrenzzwänge nicht ignoriert, ihnen gegenüber aber die Bedarfe von Arbeit, Gesellschaft und Natur zur Geltung bringt.

Dass ein gesellschaftlich gesteuerter und demokratisch hinreichend legitimer Umbau des ökonomischen Leitsektors des deutschen Kapitalismus nur über eine umfassende »Vergesellschaftung« von Entscheidungsprozessen

realisierbar ist, liegt auf der Hand. Reale Fortschritte bei der Demokratisierung der Wirtschaft werden damit zur Bedingung der Möglichkeit öko-sozialen Fortschritts, und Wirtschaftsdemokratie rückt ins strategische Zentrum.

Die Ausbuchstabierung einer solchen Strategie ist ein Unterfangen, das nur innerhalb von konfliktintensiven Diskurs- und Aushandlungsprozessen zu meistern sein wird. Das gilt auch für den Ausbau der elektro-mobilen Komponente eines neuen Mobilitätskonzeptes. Vor Illusionen sei jedoch gewarnt. Der Finanzmarktkapitalismus ist schon dabei, den Sektor der expandierenden Elektromobilität nach seinen Regeln zu strukturieren. Globale Elektromobilität wird als neues, äußerst lukratives Geschäftsfeld entwickelt. Nicht nur in den Automobilkonzernen, denen riesige Märkte für E-Automobile offenstehen, soweit sie die wettbewerbpolitischen Innovationen und Investitionen bewerkstelligt und protektionistischen Marktzugangsschranken (etwa zum chinesischen Markt) überwunden haben. Gefragt, ob mit dem krisenvermittelten Umbruch in der Automobilindustrie nicht die Stunde der Finanzinvestoren schlagen könnte, antwortet Christian Kames, Deutschland-Chef für das Investmentbanking bei JP Morgan: »Da bieten sich in der Tat jetzt Chancen. ... Für diejenigen Private-Equity-Gesellschaften, die Erfahrungen im Bereich Automotive haben, gibt es jetzt durchaus Chancen, sich günstig einzukaufen.«<sup>8</sup> Auch Analysten und Wirtschaftsmedien blasen zur Investitionsoffensive in die Unternehmen, die mit der Beschaffung und Verarbeitung von Lithium, Kobalt, Grafit und Seltenen Erden als den unverzichtbaren Materialien der Akku- und Batterieproduktion befasst sind (Heinritzi 2017). Spekulationsoptionen und Aktienkursgewinne scheinen exorbitant. Die Folgen dieser *finanzkapitalistischen Landnahme* (Klaus Dörre) sind absehbar. Zum einen werden die Marktsignale für eine hohe Kapitalkonzentration im Feld der E-Mobilität sorgen, was Forschungs- und Entwicklungsausgaben befördert, die zur Erschließung der technologischen Innovationen unverzichtbar sind. Zum anderen sind die sozialen und ökologischen Folgekosten absehbar. Sie werden bei der Extraktion der begehrten Rohstoffe und der anfallenden Ausbeutung der Arbeitskräfte beginnen und bei Fragen des Transportes rund um den Globus und der Entsorgung von Elektroautos mit ihren Batterien nicht enden. Ob der ökologische Fußabdruck der E-Mobilität am Ende tatsächlich kleiner ausfällt als der des klassischen Verbrenner-Antriebs, ist daher keineswegs ausgemacht. Entscheidend wird sein, ob sich die Strukturierung des E-Mobilitätsmarktes ausschließlich nach finanzmarktüblichen Rentabilitäts Gesichtspunkten vollzieht, oder ob es gesellschaftlichen Bewegungen, Gewerkschaften und staatlichen Akteuren gelingt,

<sup>8</sup> Zitiert nach Handelsblatt vom 10. August 2017, S. 5.

in das elektro-mobile Spiel Nachhaltigkeitsregeln einzuziehen, die den Reproduktionsbedürfnissen der Arbeitskraft und der Natur entsprechen. Für die Gewerkschaften jedenfalls können die Duldung strukturkonservativer *Muddling-Through*-Strategien in den traditionellen oder die passive Akzeptanz der Ökonomisierung der neuen Teilfelder keine gangbaren Wege sein. Sie müssen sich als *Lobbyisten* von Arbeit, Gesellschaft und Umwelt definieren und als *Pressure Group* gegen innovationsmüde Vorstände agieren. Wenn der Mobilisierung für arbeitsökologische Fortschritte gewerkschaftsintern die gleiche Bedeutung wie Lohn- und Arbeitszeitkämpfen in den regulären Tarifrunden zukommt, werden die Gewerkschaften einen großen Schritt vorangekommen sein.

### 3. Reproduktion der Natur: terra incognita gewerkschaftlicher Interessenpolitik

Die Reproduktionsregeln der Natur und die Stabilitätsanfordernisse der biophysischen Grundlagen von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft sind für die Gewerkschaften wohl die eigentliche terra incognita.<sup>9</sup> Und nicht nur für sie. Auch Akteure in den politischen, wissenschaftlichen und medialen Arenen stoßen schnell an die Grenzen ihres naturwissenschaftlich-technischen Sachverständnisses. Strukturkonservative Bewahrunkskoalitionen instrumentalisieren die Komplexität des Problems immer wieder, indem sie ökonomische und Machtinteressen hinter realen oder vermeintlichen technisch-naturwissenschaftlichen Sachzwängen verstecken.

Doch die geo- und biophysikalischen Interdependenzen sind ein unverzichtbarer Kern der Ökologieforschung; und das Wissen um diese bleibt für ökologiepolitische Akteurs-Allianzen unverzichtbar. Die Mobilisierung dieses Wissens dürfte nur über interdisziplinäre Forschungen in politisch-wissenschaftlichen Kooperationsstrukturen mobilisierbar sein.

Unter den Bedingungen des Gegenwartskapitalismus nimmt die Dramatik des Problems kontinuierlich zu. Denn »nicht nur die biologischen Grundlagen des Lebens, sondern auch die geologischen und klimatischen Grundbedingungen des Planeten Erde werden heute nachhaltig von den Aktivitäten der Menschen beeinflusst.« (Mahnkopf 2014: 505f.) Der Kapitalismus gibt sich dabei als System der »dynamischen Stabilisierung« (Dörre/Lessenich/Rosa 2015) zu erkennen, das ohne Wachstum aus dem Gleichgewicht gerät. Sein Motor ist der Versuch, im Privatinteresse eingesetztes Kapital durch die Erzeugung und Aneignung eines Surplus zu verwerten. Ein Prozess, der prinzipiell keine Grenzen kennt, aber immer wieder durch zyklische und strukturelle Störungen unterbrochen wird. Versuche, ökonomische Krisen zu über-

<sup>9</sup> Das gilt auch für den Autor.

winden und zu stabileren Entwicklungspfaden zurückzukehren, gehen in der Regel mit einem noch intensiveren Zugriff auf die menschliche Arbeitskraft und die »Gratisleistung der Natur« (K. Marx) einher.

Im Kern wirkt dabei der Raubbau an der Natur durch die kapitalistische Wachstumsdynamik über zwei Wege: Durch eine Übernutzung der natürlichen Ressourcen, vor allem durch einen nicht nachhaltigen Stoff- und Energieverbrauch sowie eine Überforderung der Absorptionskapazitäten der natürlichen Senken durch eine Überlastung regionaler und globaler Ökosysteme mit Schadstoffen (Altwater/Mahnkopf 1996: 503ff.). Schon der Prosperitäts-Kapitalismus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit seinen exorbitanten Wachstumsraten überforderte sukzessive die Regenerationsfähigkeit der Natur in beiden Dimensionen. Und obwohl die Wachstumsdynamik der kapitalistischen Ökonomie historisch zu erlahmen scheint (Priewe 2016), steigt die Dynamik der Ausbeutung der Natur (Jackson 2017). Ein teuflischer Mechanismus, der auch den ökologischen Kreislauf der Arbeitskraft nicht verschont.

## II. Die ökologische Gretchenfrage: »Wie hältst du's mit dem Wachstum?«

Insgesamt existiert jedoch durchaus eine gewisse Tradition der Integration der Ökologieproblematik in eine marxistisch inspirierte Kapitalismusanalyse.<sup>10</sup> Im politischen und wirtschaftlichen Mainstream dagegen ist die Hoffnung, in das ruhige Fahrwasser des prosperierenden Wachstums-Kapitalismus zurückkehren zu können, weit verbreitet.

- Diese Hoffnung treibt die autoritäre Austeritätspolitik an, mit der die EU-Entscheidungseliten unter der hegemonialen Führung der deutschen Regierung die Krise zu bewältigen suchten und suchen. Das Resultat ist jene stagnative Polarisierung, in der stark gebremstes Wachstum in einigen Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Niederlande usw.) von der ökonomischen Dauerkrise in anderen Ländern (vor allem Griechenland, aber auch Italien usw.) begleitet wird (Urban 2016). Fortschritte bei der Lösung der sozialen Krise sind mit diesen Konzepten nicht erreichbar. Die Ökologisierung des Wachstumsmodells ist dabei nicht einmal Bestandteil der anvisierten Ziele. Für progressive Absichten taugt diese Politik lediglich als Gegnerbild.
- Ebenfalls ökologisch recht uninteressiert fallen vielfach traditionelle oder neue Keynesianische Konjunktur- und Wachstumsstrategien aus. Sie kritisieren die pro-zyklische und damit wachstumsbremsende Austeritätspoli-

<sup>10</sup> Für die deutsche Debatte waren vor allem die frühen Arbeiten von Elmar Altwater und Birgit Mahnkopf einflussreich (etwa Altwater 1992 und Altwater/Mahnkopf 1996).

tik scharf und erwarten von neuen, über staatliche Investitionen und gestärkte Binnennachfrage initiierte Wachstumsschübe den entscheidenden Beitrag zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Krise (so in der Tendenz auch Stiglitz 2016). Wachstumsschübe dieser Art könnten, sollten sie dauerhaft möglich sein, neue Verteilungsspielräume eröffnen und die Voraussetzungen für die Bekämpfung der sozialen Krise verbessern. Aber sie missachten die »biophysischen Grundlagen unserer Wirtschaft« (Galbraith 2016: 260) und bewegen sich inmitten des Dilemmas, das sozialen Fortschritt mit ökologischem Rückschritt verkoppelt (dazu auch Jackson 2017).

Aber auch die Versuche, dem Akkumulations- und Wachstumszwang mit seinen sozialen und ökologischen Folgeschäden durch dezidierten Wachstumsverzicht (»De-Growth-Strategien«) zu entkommen oder sich säkulare Entwicklungstrends des Gegenwartskapitalismus (in Richtung Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft) nutzbar zu machen, werden in Theoriedebatten und Praxisstrategien immer wieder präsentiert:

- Das negative Spiegelbild zu austeritätspolitischen und keynesianischen Politiken sind die diversen De-Growth-Strategien (dazu etwa die Beiträge in »Blätter« 2015 sowie etwa Jackson 2017 und die Literaturübersicht bei Koepp u.a. 2015, kritisch auch Brand 2014). Sie problematisieren ökonomisches Wachstum an sich und sehen in dezidiertem Wachstumsverzicht und Rückbau-Strategien den erfolgversprechenden Weg aus der ökonomischen und ökologischen Krise. Doch ökologische Austerität ist keine geeignete Antwort auf ökonomische. Der kategoriale Verzicht auf ökonomisches Wachstum versperrt den Weg zu einer politisch gesteuerten Wertschöpfung, die gesellschaftliche Bedarfsbereiche definiert und Ressourcen und Innovation in diese lenkt. Von den sozialen Verwerfungen und der Zuspitzung sozialer Verteilungskonflikte in einem Schrumpf-Kapitalismus ganz zu schweigen (Dörre 2017).
- Ein Szenario eigener Art bildet die Hoffnung, der Kapitalismus könne im Übergang vom Industrie- zum Dienstleistungskapitalismus in einen umweltverträglichen Entwicklungstyp hineinwachsen. Dieses Szenario verzichtet nicht generell auf Wachstum, begrüßt gleichwohl den Rück- oder Niedergang der industriellen Wertschöpfung bei gleichzeitigem Wachstum des Dienstleistungssektors als Schritte in ein naturverträglicheres Entwicklungsmodell. Doch auch diese Projektion dürfte an den Realitäten kapitalistischer Ökonomien zerschellen. Zweifelsohne wächst der Anteil von Dienstleistungen an Wertschöpfung und Beschäftigung und sind die Aufwertung vor allem personennaher Sorge-Arbeit (etwa Aulenbacher/Damayr 2014) und die Bereitstellung öffentlicher Güter (in den Feldern

der Gesundheit, Bildung, Mobilität, Kommunikation usw.) unverzichtbare Elemente öko-sozialer Transformationsstrategien. Doch die Interdependenzen zwischen industrieller Wertschöpfung und expandierendem Dienstleistungssektor sind eher symbiotisch als substitutiv, und die Vorstellung eines eleganten Gleichschritts von Tertiarisierung und Ökologisierung übersieht wesentliche Spezifika des Tertiarisierungstrends im Finanzmarkt-Kapitalismus, die gänzlich andere Folgen zeitigen könnte:

- Die Fortschreibung des Produktivitätstrends in der industriellen Wertschöpfung kommt einem ungedeckten Wechsel auf die Zukunft gleich. Zum einen rätselt die einschlägige Wirtschaftswissenschaft gegenwärtig darüber, warum in nahezu allen entwickelten kapitalistischen Ökonomien trotz Digitalisierung und anderer Rationalisierungsschübe ein signifikant rückläufiger Produktivitätstrend zu verzeichnen ist.<sup>11</sup> Und selbst wenn das Produktivitätswachstum wieder in Schwung kommen sollte, in wesentlichen Teilen beruht es auf permanenter Ökonomisierung und Intensivierung industrieller Arbeit, die mit einem eklatanten Raubbau an der Gesundheit der Beschäftigten einhergeht. Aus gewerkschaftlicher Perspektive sollte sie daher eher bekämpft als gefördert werden. Zum anderen könnten durchgreifende Erfolge bei der Ökologisierung der industriellen Wertschöpfung etwa durch geringeren Ressourcenverbrauch, weniger Global Sourcing und geringere Emissionen mit einem gebremsten Produktivitätswachstum einhergehen – und damit den Tertiarisierungstreiber schwächen.
- Auch die Vorstellung, die Erstellung von Dienstleistungen sei per se umweltverträglicher als die Erzeugung materieller Produkte, weist in die Irre. Die Dienstleistungsökonomie ist keineswegs Basis einer leichten, weil »flüchtigen Moderne« (Z. Bauman 2003), die schon von ihrem Wesen her mit weniger Umweltverbrauch und -belastungen einhergeht. Die sozial-ökologische Bewältigung der globalen Massen-Online-Kommunikation ist ein ausgesprochen anspruchsvolles Unterfangen. Es muss mit der umweltverträglichen Beschaffung seltener Rohstoffe beginnen, erstreckt sich über die Beseitigung der Hyperausbeutung bei der Produktion in den marginalisierten Teilen der Welt und endet nicht bei der umweltverträglichen Entsorgung der Berge an Kommunikations-Hardware. Ein Scheitern bei diesen und vielen anderen Aufgaben liefe

11 Vgl. dazu etwa das Zeitgespräch zwischen führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftlern: »Schwaches Produktivitätswachstum: zyklisches oder strukturelles Phänomen?«, in: Wirtschaftsdienst 2/2017, S. 83–102.

auf Natur- und Gesellschaftsschäden hinaus, die hinter denen des Industriekapitalismus nicht zurückbleiben dürften.

- Schließlich sollte nicht ignoriert werden, dass ein großer Teil der Tertiärökonomie mehr oder weniger direkter Bestandteil des industriellen Wertschöpfungsprozesses ist. Gerade im verarbeitenden Gewerbe nehmen die produktionsorientierten Dienste wie Forschung und Entwicklung, technische Dienste und Leitungs- und Organisationsfunktionen zu, was diesen Sektor zu einem entscheidender Nachfrager nach Dienstleistungen und Treiber der Tertiarisierung macht. 2009 gingen in der deutschen Wirtschaft 42,5 Prozent der Dienstleistungen als Vorleistungen in gesamtwirtschaftliche inländische Produktion ein. 30,2 Prozent der Dienstleistungen waren Vorleistungen für das produzierende Gewerbe. Das verarbeitende Gewerbe (22,9 Prozent gesamter Wertschöpfungsanteil) ist der größte Nachfrager nach Dienstleistungen (Edler/Eickelpasch 2013: 19). Insgesamt besteht ein erheblicher Teil der Dienstleistungsbeschäftigung aus industrie- und produktionsbezogenen Dienstleistungen, die durch einen dauerhaft sinkenden Produktivitätstrend in der industriellen Wertschöpfung ihrerseits in Mitleidenschaft gezogen würden. Und das träge tendenziell höher qualifizierte und bezahlte Tätigkeits- und Berufsgruppen. Deutlich wird, dass die Tertiarisierung der Arbeit die Ökologisierung der industriellen Wertschöpfung nicht ersetzen kann, sondern dass eine taugliche öko-soziale Transformationsstrategie gute Arbeit in allen Wirtschaftssektoren anvisieren muss.

#### *Re-Legitimierung ökonomischen Wachstums in einem neuen Entwicklungsmodell*

Wenn weder die »Wieder mehr wachsen«-Strategie des Keynesianismus noch die »Nie wieder wachsen«-Präferenz der De-Growth-Bewegung zielführend sind, und wenn sich die Hoffnungen auf einen Gleichklang von Tertiarisierung und Ökologisierung als trügerisch erweisen, gewinnen Debatten um ein qualitatives und selektives Wachstum erneut an Attraktivität. Zu diesen zählen die Konzepte eines sozial-ökologischen Keynesianismus-Plus<sup>12</sup> sowie die »Suche nach einem langsamen Wachstum.« (Galbraith 2016: 259ff.) Wahrscheinlich liegt die Lösung in einem Ansatz, der Elemente unterschiedlicher Entwürfe integriert und auf eine Strategie des »anders, weil langsamer, nachhaltiger und demokratischer wachsen« hinausläuft. Im Kern geht es um nicht

12 Siehe dazu die jährlichen Memoranden der deutschen sowie der europäischen Gruppe »Alternative Wirtschaftspolitik«, [http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/europaeische\\_memorandum\\_gruppe/index.html](http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/europaeische_memorandum_gruppe/index.html); Zugriff am 6.8.2017.



weniger als die *Re-Legitimierung ökonomischen Wachstums* in einem *neuen Entwicklungsmodell*, das sich qualitativ von traditionellen Wachstumsvorstellungen unterscheidet. Die konstitutiven Elemente eines solchen *öko-sozialen Wachstumsmodells* lassen sich kurz beschreiben:

- *Es wächst langsamer*: Dass ein entschleunigtes Wachstum weniger Ressourcen verbraucht und die Absorptionskapazitäten der Natur weniger in Anspruch nimmt, ist offensichtlich. Doch weniger Wachstum kann auch weniger Produktivität und Innovation und wird auf jeden Fall weniger Wertschöpfung bedeuten. Und das wäre für das einschlägige gegenwartskapitalistische Entwicklungsmodell höchst folgenreich. Weniger Wertschöpfungszuwächse bedeuten engere Verteilungsspielräume. Und das bedeutet weniger materielle Lebensstandardsteigerung für die abhängigen Arbeitenden oder härtere Verteilungskonflikte zwischen Kapital und Arbeit, weil nicht mehr aus Zuwächsen verteilt, sondern aus Besitzständen umverteilt werden muss. Die komplexen Folgen dieser Konflikt-Konstellation sind auch in den Gewerkschaften bisher strategisch nicht verarbeitet.
- *Es wächst nachhaltiger*: Entscheidend ist, dass das zukünftige Wachstum, wie hoch es auch ausfallen mag, nachhaltiger ist, das heißt, seine Existenzbedingungen nicht destruiert. Der überstrapazierte Terminus der Nachhaltigkeit verweist zu Recht auf die beiden Seiten eines natur- und gesellschaftsverträglichen Wachstums. Es darf die Regenerationskapazitäten der natürlichen Lebensgrundlagen nicht überstrapazieren und muss sozial inklusiv sein. Soziale Nachhaltigkeit im Sinne sozialer Inklusion markiert Schwachstellen vieler Ökologie-Konzepte und sollte zugleich Essential des gewerkschaftlichen Beitrags zu einer öko-sozialen Transformationsstrategie sein. Jedenfalls ist die Analyse der Interdependenzen zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisenentwicklungen der Schlüssel zu einem Verständnis der strategischen Aufgabe, die es zu bewältigen gilt.
- *Es wächst qualitativer*: Qualitatives Wachstum bedeutet eben auch, sich gesellschaftlich darauf zu verständigen, was wachsen soll und darf. Diese Verständigung enthält sozialen Sprengstoff. Mehr personenorientierte Dienste oder öffentliche Güter im Bereich von Verkehr, Bildung, Gesundheit usw. dürften schnell breite Zustimmung finden. Umstrittener werden schon die Wachstumsfelder sein, die mit der Digitalisierung von Arbeit und Ökonomie einhergehen. Aber wie sieht es mit der relativ energie- und emissionsstarken Produktion von Stahl aus, der doch mit seiner hohen Recycling-Quote und seinem unverzichtbaren Beitrag für eine dezentrale regenerative Energieerzeugung hohe öko-transformative Bedeutung hätte?<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Dazu der Beitrag von Hickel in diesem Band.

Oder welche Zukunft soll der Automobilindustrie gesellschaftlich zugestanden werden, wo doch das Automobil, mit welchem Antriebssystem auch immer, in Mobilitätsketten, die den Erwartungen der Menschen gerecht werden wollen, auf absehbare Zeit unverzichtbar sein dürfte? Ohne Interessenkollisionen und -konflikte werden die notwendigen Entscheidungen nicht zu treffen sein.

- *Es wächst demokratischer*: Doch gesellschaftliche Entscheidungen über zu fördernde oder zu blockierende Wachstumsprozesse produzieren Wachstumsgewinner und -verlierer. Ihrer Definition wohnt ein gesellschaftliches Konfliktpotenzial inne, über das bisher eher naive Vorstellungen herrschen. Entscheidet die »unsichtbare Hand« des Marktes, also die Konkurrenz- und Profitregeln der kapitalistischen Akkumulation über Wachstumschancen einzelner Sektoren, so sind die Entscheider anonym und kaum zu fassen. Doch in einem demokratisierten Entwicklungsmodell müssten Entscheidungen dieser Art nach gesellschaftlichen Diskursen politisch und öffentlich getroffen werden. Und damit sind die Entscheider benennbar und vor allem: rechenschaftspflichtig. Die zentrale Stelle im magischen Nachhaltigkeits-Viereck ist die Machtfrage. Die Realisierung noch so elaborierter Transformationspläne kollidiert früher oder später mit Rendite- und Machtinteressen der wirtschaftlichen und politischen Eliten. Und die Kollision mit den Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten folgt auf dem Fuß. Vieles spricht dafür, dass hier die Stunde der Demokratie schlagen muss. Demokratie als einzig bewährte Methode, die Interessen einer Mehrheit gegenüber denen einer Minderheit zur Geltung zu bringen; und als Verfahren der Verständigung unter sozialen Gruppen, die mit jeweils legitimen Interessen zu gemeinsamen Lösungen gelangen wollen oder müssen. Somit wird (Wirtschafts-)Demokratie zum archimedischen Punkt von Konversionskonzepten, die eine naturverträgliche Produktions- und Konsumtionsweise mit sozialen und Beschäftigungsinteressen und der Überwindung Shareholder-Value-Orientierung in den Unternehmen ausbalancieren wollen (Urban 2011).

In Wirtschaftsdemokratie-Konzepten der hier diskutierten Art geht es nicht um Detailplanungen und auch nicht um die Eliminierung von Marktprozessen. Aber es geht um einen gesellschaftlich diskutierten und damit demokratisch legitimierten Rahmen der ökonomischen Entwicklung, die gesellschaftlich gewollt und nicht durch »Marktzwänge« aufgeherrscht wird. Was aber bedeutet die »Ermächtigung der Gesellschaft« über die Ökonomie (Wright 2017): für die Eigentumsstruktur und die Verfügungsrechte (»Property Rights«), für die Mechanismen der Allokation vorhandener Ressourcen, für die Rollen staatlicher, genossenschaftlicher oder privater Akteure – alles das

und mehr wird gesellschaftlich zu diskutieren und zu entscheiden sein, intensiv und kontinuierlich.

### III. Transformative Allianzen für ein neues Wachstums- und Entwicklungsmodell

Der Kapitalismus wächst, oder er ist in der Krise. Das bleibt richtig. Aber diese Krise muss nicht unbedingt auf einen Untergang des Kapitalismus als System hinauslaufen. Der Kapitalismus kann über eine gewisse Zeit auch als Stagnations- oder Schrumpfkapitalismus überleben, freilich nur um den Preis zugespitzter Verteilungskonflikte und Demokratieschäden. Und diese werden umso höher ausfallen, je stärker ökonomische und politische Eliten, regulierende Institutionen und ideologische Hegemoniekonstellationen in einem fossilistischen Neoliberalismus befangen bleiben, der sich gegenüber den Transformationsnotwendigkeiten als unfähig oder unwillig erweist (Dörre 2017).

Insgesamt wäre es ein entscheidender Fehler, die Konfliktdensität einer wirkungsvollen Transformationsstrategie zu unterschätzen. Sie wird durch kolossale Verteilungskämpfe um Einkommen, Privilegien und Macht gelenkt, gebremst, aber hoffentlich nicht endgültig blockiert werden. Transformationsfortschritte lösen sich letztlich in Machtfragen auf. Eine umfassende Demokratisierung wird zur Bedingung der Möglichkeit transformativen Fortschritts. Dabei geht es auch um eine Demokratisierung der politischen Demokratie, die Einflusskanäle bereitstellt, über die zivilgesellschaftliche Diskurse und Mehrheiten Eingang in die politischen Entscheidungen finden können. (Wenn mehr *direkte Demokratie* eine Rolle spielen soll, müssten ihre Defizite, etwa mit Blick auf die unzureichende Aktivierung sozial schwächerer und formal geringer gebildeter Bevölkerungsgruppen überwunden werden.) Solche zivilgesellschaftlichen Verständigungsprozesse erfordern zweitens ihrerseits eine neue Qualität transnationaler, diskursiver Öffentlichkeiten, die der Dramatik und den vermacheten Konfliktkonstellationen gerecht werden und nicht nach den Regeln hegemonial vorstrukturierter und eigentumsrechtlich monopolisierter Medien folgen. (Wenn hier die Kommunikation über *Online-Medien* eine Rolle spielen soll, muss die Vormachtstellung transnationaler Konzerne wie Google, Apple, Amazon usw. zivilisiert und die digitale Spaltung in *digital Natives* und *digital Immigrants* überwunden werden.) Doch der entscheidende Sektor der Demokratisierung wird die Ökonomie sein müssen. In ihr werden die zentralen und dezentralen Entscheidungen fallen müssen, und in ihr werden sich Kapitalfraktionen als Widerstandsbündnisse formieren und als mächtige Lobbygruppen gegenüber der Politik agieren. Dabei werden die Aggressionen den Profitdimensionen, die auf dem Spiel stehen, entsprechen.

Und die Gewerkschaften? Sie sind zuvorderst in den Kernsektoren der gewerkschaftlichen Interessenpolitik, der Betriebs-, Tarif- und Sozialpolitik gefordert. Doch wollen sie in einem umfassenden Sinne den Interessenverletzungen der abhängig Arbeitenden entgegenzutreten, haben sie sich, so die hier entfaltete These, als Schlüsselakteure in allen Reproduktionssphären zu positionieren und zu bewähren. Die Entwicklungen von Arbeit, Gesellschaft und Natur durchdringen einander so intensiv, dass die isolierte Bearbeitung der Politikfelder nicht einmal analytisch, geschweige denn politisch-praktisch sinnvoll ist.

Doch alleine wären die Gewerkschaften in diesen Feldern überfordert: aus Ressourcen-, Macht- und Legitimationsgründen. Weder verfügen sie über die notwendigen materiellen und personellen Mittel noch über die Einflussmöglichkeiten, in allen Politikfeldern die hinreichende Durchsetzungsfähigkeit zu erzeugen. Und ob die gesellschaftliche Zuschreibung den Gewerkschaften eine führende Rolle außerhalb der Arbeitswelt zugesteht, ist ebenfalls nicht sicher. Konsequenz wäre daher eine strategische Orientierung, eigene Machtressourcen durch die Kooperation mit anderen Bewegungen, Initiativen und Organisationen zu ergänzen. Allianzen dieser Art wären insbesondere mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie mit einer kritischen Wissenschaft zu schließen. In der Gesellschaft sind die globalisierungs- und wachstumskritischen Bewegungen sowie örtliche Initiativen und umweltpolitische Organisationen potenzielle Allianzpartner. Eine Wissenschaftskooperation sollte mit einer »emanzipatorischen Sozialwissenschaft« (Wright 2017: 50–74) gesucht werden. Zu einer solchen zählen eher natur- und ingenieurwissenschaftlich ausgerichtete Disziplinen ebenso wie eine arbeitsökologische (Oppolzer 1993) und öffentliche Soziologie (Burawoy 2015). »Wer (...) würde sich als Vermittlerin solcher Bündnisbeziehungen besser eignen als eine erneuerte Gewerkschaftsbewegung als Teil einer transformativen globalen Allianz für Demokratisierung, substanzielle Gleichheit und sozial-ökologische Nachhaltigkeit« fragen Klaus Dörre und Karina Becker in ihrem Beitrag?<sup>14</sup> Erwiesen sich die Gewerkschaften in diesem Sinne als Vermittlungspartner, erwiese sich die Arbeitsökologie im eingangs genannten Sinne als politisch-praktisches Diskurs- und Kooperationsthema. Die Gewerkschaften stehen also vor der Aufgabe, eine *neue Kultur mosaiklinker Allianzen* zu entwickeln. Und das letztlich mit systemtransformativen Intentionen. Denn ein Kapitalismus,

14 Nicht zuletzt der Beitrag von Klaus Dörre und Karina Becker verdeutlicht die Nähe der hier debattierten Fragen zu dem Themenschwerpunkt des Kollegs »Postwachstumsgesellschaften« am Institut der Universität Jena, das durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft gefördert wird und dem der Autor als permanent Follow verbunden ist; <http://www.kolleg-postwachstum.de/>; Zugriff am 5.8.2017.

der sich auf das skizzierte öko-soziale Demokratie- und Wachstumsmodell einließe, hätte wohl nicht mehr viel mit dem Kapitalismus gemein, den wir heute kennen. Wahrscheinlich wird die unverzichtbare neue Qualität des Nachhaltigen, des Sozialen und des Demokratischen den Kapitalismus insgesamt sogar überfordern. Eine »reale Utopie«, die sich als der einzig zukunftsfähiger Realismus erweisen könnte.

### Literatur

- Altwater, E. (1992): Der Preis des Wohlstandes oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster.
- Altwater, E. (2010): Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster.
- Altwater, E./Mahnkopf, B. (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster.
- Aulenbacher, B. /Dammayr, M. (Hrsg.) (2014): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim und Basel.
- BAuA (2017): Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt. Wissenschaftliche Standortbestimmung. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Dortmund.
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt/M.
- Bauman, Zygmunt (2003): Flüchtige Moderne, Frankfurt/M.
- Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.) (2015): Mehr geht nicht! Der Postwachstumsreader. Berlin.
- Brand, U. (2014): Kapitalistische Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik, in: PROKLA, H. 2, S. 289–306.
- Burawoy, M. (2015): Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und soziale Ungleichheit. Weinheim.
- Dörre, K. (2017): Nach dem schnellen Wachstum: große Transformation und öffentliche Soziologie. In Aulenbacher, B./Burawoy, M./Dörre, K./Sittel, J. (Hrsg.). Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft. Frankfurt/M., S. 33–67.
- Dörre, K./Lessenich, S./Rosa, H. (2015): Sociology, Capitalism, Critique. London/New York.
- Edler, D./Eikelpasch, A. (2013): Die Industrie – ein wichtiger Treiber der Nachfrage nach Dienstleistungen, in: DIW Wochenbericht, H. 34, S. 16–23.
- Galbraith, J. K. (2016): Wachstum neu denken. Was die Wirtschaft aus den Krisen lernen muss. Zürich.
- Heinritzi, J. (2017): Elektromobilität. 29-mal mehr Nachfrage, in: FOKUS MONEY, Nr. 30, S. 46–49.
- IG Metall/Deutscher Naturschutzring (Hrsg.) (1992): Auto, Umwelt und Verkehr. Umsteuern, bevor es zu spät ist. Verkehrspolitische Konferenz der IG Metall und des deutschen Naturschutzrings. Köln.
- Jackson, T. (2017): Wohlstand ohne Wachstum. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München.
- Koepp, R./Schunke, F./Köhler, C./Liebig, S./Schröder, S. (2015): Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft. Diagnosen, Prognosen und Gegenentwürfe. Eine kommentierte Literaturübersicht. Working Paper 6 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena. Download: [www.kolleg-postwachstum.de](http://www.kolleg-postwachstum.de).

- Liebig, S./Köhler, C./Koepp, R. (2017): Bedingungen und Optionen der Arbeitspolitik für die Postwachstumsgesellschaft, in: Adler, F./Schachtschneider, U. (Hrsg.): Postwachstumspolitik. Wege zu einer wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München, S. 183–195.
- Mahnkopf, B. (2014): »Peak Capitalism«? Wachstumsgrenzen als Grenzen des Kapitalismus, in: WSI Mitteilungen H. 7, S. 505–512.
- Marx, K. (1890/1980): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. (Marx-Engels-Werk Bd. 23). Berlin (DDR).
- Nussbaum, M. C. (1998): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a. M.
- Oppolzer, A. (1993): Ökologie der Arbeit. Mensch und Arbeitsumwelt: Belastungen und Gestaltungserfordernisse. Hamburg.
- Pickshaus, K. (2014): Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben. Gute Arbeit und Kapitalismuskritik – ein politisches Projekt auf dem Prüfstand. Hamburg.
- Pickshaus, K./Urban, H.-J. (2009): Gute Arbeit als Strategie. Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeitspolitik, in: Schröder, L./Urban, H.-J. (Hrsg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betrieb, Politik und Gewerkschaften. Ausgabe 2009. Frankfurt a. M., S. 95–112.
- Priewe, J. (2016): Stagnation, Nullwachstum, immerwährendes Wachstum – wohin tritt der entwickelte Kapitalismus?, in: Hagemann, H./Kromphardt, J. (Hrsg.): Keynes, Schumpeter und die Zukunft der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften. Marburg, S. 69–108.
- Rosa, H. (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin.
- Siegrist, J. (2015): Arbeitsumwelt und Stressbedingte Erkrankungen. Forschungsevidenz und präventive Maßnahmen. München.
- Stiglitz, J. (2016): Europa spart sich kaputt. Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht. Hamburg.
- Urban, H.-J. (2011): Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts. Konturen und Realisierungsbedingungen eines gesellschaftlichen Transformationsprojektes. Meine, H./Schumann, M./Urban, H.-J. (Hrsg.). Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen. Hamburg, S. 42–67.
- Urban, H.-J. (2014): Wirtschaftsdemokratie – ein Ausweg aus dem postdemokratischen Europa? Dörre, K./Jürgens, K./Matuschek, I. (Hrsg.). Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe. Frankfurt a. M., S. 381–395.
- Urban, H.-J. (2016): Die demokratische Wertschöpfungsunion. Eine neue Erzählung für Europa?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10, S. 85–96.
- Urban, H.-J./Fergen, A. (2014): Die Initiative der IG Metall für eine Anti-Stress-Verordnung: Zwischenbilanz und Standortbestimmung, in: Schröder, L./Urban, H.-J. (Hrsg.): Gute Arbeit. Profile prekärer Arbeit – Arbeitspolitik von unten. Frankfurt a. M., S. 311–324.
- Wright, E. O. (2017). Reale Utopien. Wege zur Überwindung des Kapitalismus. Berlin.